



LATEST NEWS

KAMPF GEHT WEITER: Seit vergangener Mittwoch halten Studierende der Uni Münster ihr Rektorat besetzt. Sie fordern: Keine Gebühren! Täglich treffen Solidaritätserklärungen ein.

HESSEN ROCKT: In Hessen herrschen weiter »französische Zustände«: Tausende Studis besetzen Autobahnen, stürmen den CDU-Parteitag, Roland Koch muss Diskussionsveranstaltung abbrechen.

AUFRUF ZU PROTEST: Der Dachverband fzs schreibt: »Die Proteste stellen eine neue Dimension dar. Die Studierenden wissen, dass sie sich auf der Straße wehren müssen, nachdem alle Appelle keine Wirkung gezeigt haben. Der fzs ruft alle KommilitonenInnen bundesweit zur Beteiligung an Protestaktionen auf«.

IMPRESSUM

betonzeit - Studentische Zeitung für Bochum
HERAUSGEBERIN: FSVK der RUB
REDAKTION DIESER AUSGABE: Rolf van Raden (ViSDP, Anschrift siehe unten), Devi Dumbadze.
betonzeit erscheint wöchentlich und ehrenamtlich an der RUB.
AUFLAGE: 3.000
KONTAKT: betonzeit, c/o FR Sowi, Universitätsstr. 150, 44780 Bo.

WWW.BETONZEIT.DE

Was wird auf der Senatssitzung genau entschieden?

14 Uhr ins Audimax!

Es ist so weit: Nachdem Rektor Gerhard Wagner die Senatssitzung zum Thema Studiengebühren Ende April wegen Überfüllung abgebrochen hat, wird sie heute fortgesetzt. Ein Erfolg ist schon jetzt zu vermelden: Auf Druck der protestierenden Studierenden und Beschäftigten findet die Sitzung am heutigen Montag um 14.00 öffentlich im Audimax statt. Aber was wird dort genau entschieden?

Die Uni-Leitung will, dass der Senat eine Arbeitsgruppe einsetzt, die Grundlagen und Vorschläge für eine sogenannte »Beitragsatzung« ausarbeiten. In der Beitragsatzung würde geregelt, wie hoch Studiengebühren sind und wie sie erhoben werden. Durch diesen Trick soll eine grundsätzliche Abstimmung über Studiengebühren erstmal vermieden werden, bis vollendete Tatsachen geschaffen worden sind. Die Strategie: Wenn erstmal eine Beitragsatzung entwickelt wird, dann wird nicht mehr darüber diskutiert, ob die Gebühren an der RUB eingeführt werden, sondern hauptsächlich über das »Wie«. Weil Studierende in diese

Arbeitsgruppe eingebunden werden, würde gleichzeitig der Protest geschwächt: Dann gäbe es einerseits diejenigen, die meinen, das Beste bei einer solchen Satzung rausholen zu müssen. Andere erkennen aber nach wie vor, dass es überhaupt noch keinen endgültigen Beschluss zu den Gebühren gibt, und deswegen solche Überlegungen ablehnen. Kaum bestreitbar ist: Wer sich Gedanken darüber macht, wie die Gebühren eingeführt werden können, der muss sie im Kopf schon einmal akzeptiert haben und kann nicht alle seine Kräfte darauf verwenden, die verhängnisvolle und politisch falsche Entscheidung zu verhindern.

BREITER WIDERSTAND. Deswegen hat sich ein breiter Widerstand gegen diese undemokratische Strategie der Uni-Leitung gebildet: Im »Protestkomitee gegen Studiengebühren« werden immer mehr Leute aktiv. Viele Lehrende und Beschäftigte wollen die Strategie nicht mittragen, erst alle Regelungen klarzumachen und dann irgendwann ein »jetzt müssen die Gebühren auch eingeführt werden« nachzuschieben. Die Gebüh-

ren sind und bleiben eine bildungs- und sozialpolitische Katastrophe und müssen auch vor Ort in Bochum verhindert werden!

Protestkomitee und AStA fordern für die Senatssitzung:

1.) Der Senat soll seine erst am 9. Februar mit breiter Mehrheit beschlossene Ablehnung von allgemeinen Studiengebühren bekräftigen. Nur so kann er klar machen, dass Beschlüsse des Senats verlässlich sind.

2.) Der Senat darf keine Arbeitsgruppe einberufen, die Grundlagen für eine »Beitragsatzung« entwirft. Eine solche Satzung brauchen nur Unis, die auch Studiengebühren erheben wollen. Wer für eine Beitragsatzung stimmt, stimmt für Studiengebühren!

3.) Der Senat soll stattdessen eine Arbeitsgruppe einberufen, die Konzepte erstellt, wie die Hochschule unter der Maßgabe weiterentwickelt werden kann, dass keine Gebühren eingeführt werden.

■ Ver.di-Streik

Einigung?

Am Samstag hat die ver.di-Bundstarifkommission einer Vereinbarung mit den Landesarbeitgebern zugestimmt. Der Streik wird vorerst bis zum Ergebnis einer Urabstimmung fortgesetzt. Ihr wichtigstes Ziel kann die Gewerkschaft kaum als erreicht deklarieren: Die Arbeitszeit steigt »im Durchschnitt« von 38,5 auf 39,22 Stunden pro Woche. Laut dem neuen Tarifvertrag wird jedes Bundesland Tarife individuell regeln. Damit wird die 40-Stunden-Woche in Ostdeutschland und etwa die 39,7-Stunden-Woche in Bayern gebilligt. Kritik gibt es auch an den Sonderregelungen für WissenschaftlerInnen: Sonderzahlungen können von der Höhe der durch den Einzelnen eingeworbenen »Drittmittel« z.B. aus der Wirtschaft abhängig gemacht werden – ein Schritt hin zu noch kommerzielleren Unis.

■ Friede den Hütten, Krieg den Palästen?

Bochum besucht Münster

Rektorate besetzen kann jedeR – Schlösser besetzen können nur die MünsteranerInnen. Deren Univerwaltung befindet sich nämlich im sogenannten »Fürstbischöflichen Schloss« direkt in der Innenstadt. Am Mittwoch riss nun während einer Senatssitzung der studentische Geduldsfaden: 500 Studierende sprengten die Sitzung und stürmten den Südflügel des Wahrzeichens ihrer Uni.

Seit Mittwoch halten sie sich im neuen Zuhause auf, um gegen Studiengebühren zu protestieren – Grund genug um den SchlossbesetzerInnen einen Soli-Besuch abzustatten.

EINTRITT FREI. Schon am Eingang des Schlosses prangert ein überdimensionales, 180 m² großes Transparent mit der Aufschrift »Eintritt frei«. Im besetzten Südflügel herrscht gute Stimmung: Die Ausstattung an Lebensmitteln und Infrastruktur ist hervorragend und vom Campusfest gibt es als Unterstützung »Kuchen für alle und zwar umsonst«. Die BesetzerInnen haben sich organisiert: Arbeitskreise für Forderungen, Mobilisierung, Presse, Medien, Protokollierung und Internet sorgen für die entsprechende Struktur. Der



Forderungskatalog umfasst nicht nur das Thema Studiengebühren, sondern auch das »Hochschulfreiheitsgesetz« und Mitspracherechte der Studierenden. Die Leute sind hochmotiviert den »Bielefelder Rekord« von gut vier Wochen Besetzung schlagen zu können. Eine Räumung steht nach Meinung vieler BewohnerInnen nicht unmittelbar bevor – und das, obwohl Rektor Jürgen Schmidt angekündigt hatte, bis Montag müsse die Besetzung beendet sein.

GEBÜHRENFREI IN RENTE. Schmidt selbst wird im Oktober abdanken und hat angekündigt, dass es während seiner Amtszeit vermutlich nicht mehr zu einer Entscheidung über das Reizthema Studiengebühren kommen wird. Das bedeutet, die Westfälische Wilhelms-Universität – mit knapp 40.000 Studierenden eine der größten Deutschlands – wird höchstwahrscheinlich keine Studiengebühren zum Wintersemester 2006 einführen.

■ Riesen-Erfolg in Düsseldorf: Bis zu 10.000 demonstrieren

Polizeiübergriff auf Studierende

Wer hätte das zwei Wochen vorher erwartet: Dem Aufruf zur gemeinsamen Demonstration in Düsseldorf, den Studierende, Lehrende und Beschäftigte der RUB formuliert haben, sind bis zu 10.000 Menschen gefolgt. Trotz der kurzen Vorbereitungszeit hat am vergangenen Dienstag die größte bildungspolitische Demonstration seit vier Jahren in NRW stattgefunden.

Dass so viele ihren Protest gegen Studiengebühren, Bildungsabbau und das so genannte »Hochschulfreiheitsgesetz« vor den Landtag getragen haben, ist ein weiterer Beweis dafür, dass sich die NRW-Unis derzeit im Ausnahmezustand befinden.

KRIMINALISIERUNG. Am Dienstag ist aber auch ein anderer Trend sichtbar geworden, über den bei den aktuellen Protesten nicht mehr hinweggesehen werden kann: In einer bei vergangenen

Streiks und Hochschulprotesten unbekanntem Intensität ist eine staatlich Repressionswelle gegen die Studierenden angelaufen. Ein spontaner Demonstrationzug, der sich im Anschluss an die offizielle Kundgebung vor dem Landtag ge-



bildet hat, ist von der Polizei brutal angegriffen worden. Dabei wurden nicht nur Schlagstöcke, sondern sogar ein Polizei-Auto und ein Polizei-Motorrad als Waffen gegen die friedlich und spontan demonstrierenden Studierenden eingesetzt. Knapp zwei Stunden lang hat die

Polizei hunderte Studierende in einem Kessel aus mehreren hundert bewaffneten BeamtenInnen festgehalten. Dabei wurde immer wieder auf Studierende eingeschlagen – auch auf solche DemonstrantInnen, die mit erhobenen Händen im Polizeikessel standen und »keine Gewalt« gerufen haben. Anstatt dass der Einsatzleiter Konsequenzen gegen die besonders brutalen PolizistInnen ergriffen hätte, wurden insgesamt zehn Studierende festgenommen, vier mussten nach gewalttätigen Aktionen der Polizei ins Krankenhaus eingeliefert werden.

BETONZEIT DOKUMENTIERT. Um die AugenzeugInnen zu Wort kommen zu lassen, stellt *betonzeit* eine Audio-Dokumentation des Polizeiübergriffs im Internet zur Verfügung.

Die *betonzeit*-Audiodokumentation über den Polizeiangriff ist als mp3-Datei aus dem Internet herunterzuladen: <http://www.betonzeit.de>